



Anfrage Roth David und Mit. über die Kommunikation zur Untersuchung der ungerechtfertigten Subventionsbezüge bei Luzerner Verkehrsbetrieben

eröffnet am 18. Mai 2020

Bei der Beratung der Anfrage A 556 versprach der damalige Departementsvorsteher im Oktober 2018 gegenüber unserem Rat eine rasche, transparente Klärung, ob es auch bei Luzerner Verkehrsbetrieben zu ungerechtfertigten Subventionsbezügen gekommen ist. Nun erfährt die Öffentlichkeit erst auf Druck der Medien von den Verfehlungen und den Deals, die gemacht wurden. Die Kommunikation wirft in diesem Fall zahlreiche Fragen auf. Insbesondere darüber, ob der Versuch unternommen wurde, die Sache zu verschweigen oder zumindest bis nach den kommunalen Wahlen zu verzögern.

Fragen:

1. Zu welchen Zeitpunkten verfügte der Regierungsrat über welche Informationen zu diesem Fall?
2. Zu welchem Zeitpunkt war dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) und wann dem Regierungsrat klar, dass die Verkehrsbetriebe Luzern (VBL) ungerechtfertigte Gelder erhalten haben?
3. Wann war dem VVL und wann dem Regierungsrat klar, in welcher Grössenordnung sich diese zu viel bezogenen Gelder bewegen?
4. Weshalb wurde nicht über die Zwischenschritte informiert, sondern war die Kommunikation erst dann vorgesehen, wenn alles unter Dach und Fach ist?
5. Wusste der Regierungsrat vom Deal zwischen VVL und VBL? Hat er dem Deal zugestimmt und wenn ja, wann?
6. Kann der Regierungsrat ausschliessen, dass der VVL beim Bundesamt für Verkehr (BAV) versucht hat, zu verhindern, dass das BAV im Rahmen der Information vom 28. Februar 2020 auch die Vorkommnisse in Luzern erwähnt?
7. Hat jemand der Beteiligten auf das Bundesamt für Verkehr eingewirkt oder es gebeten, auf eine Publikation im Rahmen der Medienmitteilung vom 28. Februar 2020 zu verzichten?
8. Weshalb wurden keine Zwischenergebnisse präsentiert – obwohl im Jahr 2018 eine transparente Aufarbeitung zugesichert worden war?

Roth David

Budmiger Marcel

Setz Isenegger Melanie